

Antrag der Fraktion CDU/FDP:

Antrag/Begründung:

Einführung einer "Null-Toleranz"-Strategie bei der Feststellung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in Aschersleben

1. Es wird beantragt, jedwede durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe festgestellte Straftat und Ordnungswidrigkeit konsequent zur Anzeige zu bringen und zu verfolgen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften und Anstalten einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Wer die regionale Presse verfolgt und sich den Realitäten nicht verschließt, der konnte folgende Feststellungen tätigen (Auszüge aus der MZ vom jeweiligen Tage):

26.04.2016 Vandalismus an öffentlichen Toiletten
08.06.2016 Vandalismus in und am Bahnhof
02.08.2016 Vandalismus an Verkehrszeichen
23.09.2016 Vandalismus und Vermüllung auf dem Gelände der AKA
02.06.2017 Straftaten auf dem Friedhof
14.06.2017 Beschädigungen und illegale Müllablagerungen am Spielplatz am Rondell
09.08.2017 in Winnigen wurden Sitzgelegenheiten zerstört
29.12.2017 Vandalismus an den Eine-Terrassen
27.03.2018 erster Osterhase wird gestohlen
29.03.2018 zweiter Osterhase wird gestohlen
03.04.2018 Vandalismus an Verkehrszeichen im Innenstadtbereich
07.04.2018 Hundekotaktion

14.05.2018 Streitschlichter wird auf dem Gildefest schwer verletzt
23.05.2018 Inliner beschädigen Basketballplatz

All diese Beispiele zeigen, dass es Mitmenschen gibt, die vor der Rechtsordnung keinen Respekt haben und dass in der Regel die Allgemeinheit für die verursachten Schäden aufkommen muss. Zudem handelt es sich hier um die öffentlich bekannt gewordenen Rechtsverstöße. Die zahllosen anderen Verstöße, die gar nicht zur Anzeige gebracht werden, wie beispielsweise die vielen Graffitis und s. g. Spuckis an Verkehrszeichen und Lichtmasten sowie solche, nicht öffentlich bekannt gewordene Ereignisse, wie beispielsweise die Zerstörung der Glasscheiben im Museumsbereich, sind hier gar nicht berücksichtigt. Dennoch sind sie da. Das Dunkelfeld ist groß, wie entsprechende Forschungen belegen.

Der Präsident des größten sächsischen Amtsgerichtes in Leipzig Wolting hat in einer Stellungnahme zur neusten PKS in der Leipziger Volkszeitung vom 16.05.2018 daher völlig zu Recht davor gewarnt, dass „die Sicherheit im öffentlichen Raum schlechter als je zuvor“ ist, obwohl die PKS den niedrigsten Stand an Straftaten verzeichnet. „Von der Statistik auf weniger Kriminalität und somit mehr Sicherheit zu schließen, ist ein Trugschluss“, meint Wolting. Die Statistik spiegelt nämlich die wirkliche Lage nicht wider. So fließen aus diversen Gründen tausende Fälle nicht in die Statistik ein, insbesondere weil die Bürger immer weniger Straftaten zur Anzeige bringen, wie eine aktuelle Studie des Kölner Handelsforschungsinstituts EHI belegt, wonach es in Deutschland aus diesen Gründen nicht zu ausgewiesenen 356.000, sondern zu etwa 26 Millionen Ladendiebstählen kommt. Die Anzeigenerstattung hat nämlich auch damit zu tun, „ob sich ein Geschädigter überhaupt eine Aufklärung verspricht“. Wolting weiter: „Die vielen Frauen, die in der Leipziger Innenstadt glücklicherweise nur – mit Worten sexuell belästigt werden, setzen sich nicht drei Stunden in ein Polizeirevier, um eine Anzeige gegen jemanden aufzugeben, der ohnehin nicht gefasst wird.“ Dieses Problem lässt sich auch gut auf Aschersleben übertragen. Viele Bürger sind nicht mehr bereit, ewig auf die Polizei zu warten, insbesondere dann, wenn der Erfolg der Ermittlungen gegen Null geht. Und auch die Stadtverwaltung der Stadt Aschersleben trägt zu diesem Trugschluss der Statistik bei, wenn beispielsweise der Leiter des Eigenbetriebs Bauwirtschaftshof öffentlich gegenüber dem MDR erklärt, „man verzichte auf eine Anzeige.“

Die Antwort darauf müsste lauten „Nein!“ Wir zeigen konsequent jede Straftat und Ordnungswidrigkeit an. Dies wurde auch in der Entscheidung des Stadtrates deutlich, als es darum ging, dass Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzungen in die Öffentlichkeit gelangten. Hier wurde durch den Stadtrat konsequent verlangt, diesen Geheimnisverrat zur Anzeige zu bringen, auch wenn der Ermittlungserfolg ausblieb und das Verfahren eingestellt wurde.

Denn die Statistik ist wichtig. Sie ist die vermeintlich objektive Grundlage vieler maßgeblicher Entscheidungen. Es genügt nicht, nur nach mehr Polizeipräsenz zu schreien, wenn die Lage diese nicht rechtfertigt. Auf eine Anfrage des Stadtrates Planert an den Minister für Inneres und Sport im März 2017, ob Dienststellen reaktiviert werden, antwortet dieser eindeutig, „Man werde keine Reviere schaffen, wo sie weg sind. Es sei aber nicht ausgeschlossen, die Außenstelle in Aschersleben wieder mit mehr Personal zu besetzen, wenn es die Kriminalitätsslage erfordert.“ (MZ vom 08.03.2017)

...

Deckungsvorschlag:

Federführender Ausschuss:

zu beteiligende Ausschüsse:

In der **Stadtratssitzung am 28.06.2018**
einstimmig in den Ausschuss

Ordnung,

Recht und Kommunales verwiesen.

Im ORK .

Abstimmung im ORK am 28.08.2018:

10 Ja / Nein / Enth.

gez. Dr. Planert

(Unterschrift)